

Appell der zivilgesellschaftlichen und humanitären Organisationen an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, sich für ein Ende der humanitären Katastrophe und für den Schutz der Kurd*innen in Nord- und Ostsyrien einzusetzen

Berlin, 27. Januar 2026

Wir sind ein Zusammenschluss aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen, die seit langer Zeit den Aufbau demokratischer Strukturen in Nord- und Ostsyrien unterstützen und mit ihren Partner-Organisationen humanitäre Projekte realisieren, die zu Frieden und Stabilität in der Region beitragen.

Viele Projekte sind im medizinischen Bereich (Gesundheitszentren, Kliniken, Physiotherapie, Psychosoziale Unterstützung), andere im pädagogischen (Schulen, Kindergärten, Waisenhaus) oder handwerklichen Bereich (Nähtwerkstätten) angesiedelt. Einige von Ihnen werden als anerkannte Projekte über die GIZ (Klinikpartnerschaften) und die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (Stiftung Nord-Süd-Brücken) gefördert und mit Geldern des BMZ (Bundesentwicklungsministerium) ausgestattet. Die Menschen in Nord- und Ostsyrien und die zivilgesellschaftlichen Projekte sind in akuter Gefahr, die Projekte können aktuell nicht operieren und wurden zum Teil von Truppen der syrischen Übergangsregierung militärisch angegriffen.

Wir sind besorgt und entsetzt angesichts der aktuellen Entwicklungen und der fehlenden Reaktion der Bundesregierung, der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft.

Seit dem 6. Januar 2026 greifen die syrische Übergangsregierung und verbündete islamistische Milizen die kurdischen Gebiete Nord- und Ostsyriens militärisch an. Zusätzlich werden sie durch türkische Truppen unterstützt, die mit Panzern und schwerem Kriegsgerät in der Türkei nahe der umkämpften Stadt Kobanê stationiert sind. Die Stadt Kobanê ist belagert und von Wasser, Elektrizität,

Internet sowie der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten abgeschnitten. Fluchtwege gibt es nicht.

Zudem wurden IS (Islamischer Staat)-Terroristen aus mehreren Gefängnissen, die bisher unter Aufsicht der Selbstverwaltung standen, nach der Übernahme durch die syrische Übergangsregierung befreit und IS Schläferzellen reaktiviert. Die nun erstarkenden Kräfte des IS sind nicht nur für die Kurd*innen in der Region Nord- und Ostsyrien, sondern für die gesamte Welt eine Bedrohung.

2014–2019 versuchte der IS einen „islamischen Staat“/ Kalifat zu gründen und brachte große Teile des Iraks und Syriens unter seine Kontrolle: Terror, Folter, Menschenrechtsverletzungen und der Genozid an den Jesid*innen sind bekannt. Es gab einen internationalen Aufschrei und die Bekämpfung des IS war internationale Angelegenheit. Nur mit Unterstützung der Kurd*innen konnte der IS im Jahr 2019 besiegt werden. Eine internationale Positionierung an der Seite der Kurd*innen im Schulterschluss gegen islamistischen Terror war selbstverständlich. Heute werden die Kurd*innen in Nord- und Ostsyrien alleine gelassen im Kampf gegen die Dschihadisten.

Es finden schwere Menschenrechtsverletzungen wie Enthauptungen, Folter, Entführungen und Morde an Kurd*innen durch Truppen der syrischen Übergangsregierung und verbündete islamistische Milizen statt, die nach humanitärem Völkerrecht als Kriegsverbrechen zu werten sind. Das kurdische Volk und insbesondere zivilgesellschaftliche, medizinische und von Frauen geführte Strukturen werden systematisch angegriffen und vernichtet, Frauenrechte sind in Gefahr.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich für ein Ende der humanitären Katastrophe und für den Schutz der Kurd*innen in Nord- und Ostsyrien einzusetzen. Wir fordern folgende konkrete Schritte:

- Internationale Vermittlung und Unterstützung ernsthafter internationaler diplomatischer Bemühungen, um den Angriff auf die Kurd*innen und die Zivilbevölkerung Nord- und Ostsyriens zu stoppen
- Beendigung der Belagerung Kobanes und Sicherung des Zugangs zu Wasser, Elektrizität, Lebensmitteln und Medikamenten, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern
- Unterstützung im Kampf gegen IS und islamistischen Terror zur Wahrung der Menschenrechte
- Humanitäre Unterstützung der zum Teil mehrfach vertriebenen Binnengeflüchteten, die unter katastrophalen Bedingungen leben
- Die Übergangsregierung von Ahmed al-Sharaa für die Kriegsverbrechen seiner Armee zur Verantwortung zu ziehen

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Kontakt: dr.e.stein@staepa-derik.org

Städtepartnerschaft Friedrichshain Kreuzberg – Dêrik, Verband kurdischer Ärzte in Deutschland e.V., Initiative Frieden und Hoffnung e.V., Initiative „Medizin für Rojava“, Kurdistanhilfe e.V., IEH- Internationale Nothilfe e.V., Europakomitee der Stiftung der freien Frau in Syrien (WJAS), Städtefreundschaft Frankfurt – Kobanê e.V., Darmstädter Solidaritätskreis Kurdistan-Rojava, Kinderhilfe Mesopotamien e.V., ŞİLÊR-Crisis Response, Kölner Spendenkonvoi e.V., Städtepartnerschaft Köln – Qamishlo

